

The Israel-Palestinian Conflict as Result of Colonial Border-Making

Veranstalter: Birgit Schäßler (Lehrstuhl für Westasiatische Geschichte) Hans Medick (Arbeitsstelle für Historische Anthropologie des Max-Planck-Instituts für Geschichte)

Datum, Ort: 23.01.2004, Erfurt

Bericht von: Birgit Schäßler, Lehrstuhl für Westasiatische Geschichte, Uni Erfurt; Ute Behr, Universität Erfurt; Stephanie Dumke, Universität Erfurt; Sven Knepper, Universität Erfurt

Diese Veranstaltung bildete einen wesentlichen Bestandteil des Seminars zum Thema „Theorie und Realität der Grenze. Grenzbeziehungen und Grenzerfahrungen in Europa und im östlichen Mittelmeerraum vom 17. bis zum 21. Jahrhundert“, das Birgit Schäßler (Lehrstuhl für Westasiatische Geschichte) und Hans Medick (Arbeitsstelle für Historische Anthropologie des Max-Planck-Instituts für Geschichte) im WS 2003/04 gemeinsam veranstaltet hatten.

Bereits am Vorabend des Workshops fand eine auf seine Thematik bezogene öffentliche Vortragsveranstaltung mit einem palästinensischen und einem israelischen Historiker statt. Sie näherte sich dem Thema der „Grenzerfahrungen und Grenzüberschreitungen in Palästina und Israel“ in einer überaus eindrücklichen und von persönlicher Erfahrung geprägten Weise an.

Der erste Vortrag des Abends wurde von Gadi Algazi gehalten. Der Referent, der an der University of Tel Aviv als Associate Professor am Department of History lehrt und forscht, sprach über das Thema „Viele Mauern, keine Grenzen: Zwei Völker im Schatten von Scharons Trennungsaun“. Jene zweifache Perspektive, die er in der thematischen Ausrichtung seines Vortrages einnahm, kann auch in Algazis Biographie abgelesen werden. Er engagiert sich seit Jahren in der israelisch-palästinensischen Friedensbewegung Ta'ayush gegen das systematische Vergessen der palästinensischen Minderheit in Israel bis hin zu Protestaktionen gegen den aktuellen Bau der Trennungsmauer in der Westbank. Als Wissenschaftler wurde Algazi vor allem mit zahlreichen historischen

Arbeiten über das Mittelalter bekannt. Auch in seinem öffentlichen Vortrag beeindruckte die wissenschaftliche Präzision und kritische Reflektiertheit, mit der er sowohl sein persönliches Engagement wie seine vielfältigen Erfahrungen mit dem Leben „auf beiden Seiten der Mauer“ darstellte.

Der zweite öffentliche Vortrag wurde von Issam Nassar, Associate Director des Institute of Jerusalem Studies Jerusalem, zum Thema der „Palestinian National Identities: Ambivalence and Boundaries Within and Without“ gehalten. Nassar lehrt zurzeit als Visiting Professor am Department of History an der Bradley University (Illinois). Es war ein besonders nachhaltiger Moment, als Nassar über die Gefahren, Einschränkungen und Unmöglichkeiten sprach, die das Leben „jenseits der Mauer“ nach sich zieht. An seinem eigenen Beispiel wurde dies eindrucksvoll deutlich: Nassar ist seit Monaten nicht mehr in der Lage, seiner Arbeit in Jerusalem nachzugehen. Von seinem Wohnort Ramallah aus wird die Fahrt zu seinem Arbeitsplatz in Jerusalem durch bürokratische Hürden und Repressalien zur Unmöglichkeit gemacht.

Nassar beschäftigt sich seit langem mit den unterschiedlichen Aspekten palästinensischer Identität. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf der photographischen Repräsentation der Stadt Jerusalem und des „Heiligen Landes“ durch europäische Photographen im 19. Jahrhundert - und hier besonders auf der bildlichen Repräsentation der Palästinenser im Rahmen europäischer Vorstellungen. Ein weiterer Akzent seiner Arbeit besteht aus der Analyse englischer Reisebeschreibungen ins Gelobte Land, die aus der gleichen Zeit stammen und ein vergleichbares Bild europäischer Wahrnehmung bieten.

Der Vortrag von Nassar war den ideologischen und psychologischen Hintergründen der Kolonisierung Palästinas gewidmet. Unter diesem Fokus kann auch der aktuelle Bau der Trennungsmauer als Resultat einer bereits länger währenden Separierung eingeordnet werden, wie sie in der Nicht-Darstellung der Palästinenser in frühen bildlichen Darstellungen oder literarischen Beschreibungen zum Ausdruck kam.

Nassar ging auf die anhaltenden Hoffnungen der Palästinenser auf einen vereinten Hei-

matstaat näher ein, ausgedrückt z.B. darin, dass zahlreiche Exilanten der nakba-Zeit (d. h. der Zeit der Vertreibung von 1948) die Schlüssel zu ihren damaligen Häusern bis heute aufbewahrten. Die mit diesen Hoffnungen verbundenen Vorstellungen wurden von der Zweistaatenlösung, die seit Oslo als politische Lösung propagiert wurde, und den seither gestiegenen innergesellschaftlichen Spannungen grundlegend verändert.

Ziel des am folgenden Tag stattfindenden Workshops, an dem StudentInnen des Historischen Seminars und der „Erfurt School of Public Policy“ zusammen mit den beiden Referenten des vorherigen Abends teilnahmen, war es, anhand von Quellentexten und Forschungsliteratur die aus den Vorträgen gewonnenen Erkenntnisse weiter historisch zu vertiefen.

Zentrales Anliegen des Workshops war es, der Frage nachzugehen, ob und inwiefern eine der tieferen historischen Ursachen des gegenwärtigen Palästinensisch-Israelischen Konflikts in den kolonialen und imperialen Grenzziehungen des frühen 20. Jahrhunderts und den dahinter stehenden geistigen Ideologien zu suchen sei.

Ein erster Diskussionsteil widmete sich der Bedeutung der Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 in ihrem Spannungsfeld zwischen britischer Kolonialpolitik und zionistischen Ambitionen.

In der Diskussion zu Levenes Text¹ standen Fragen nach der Definition zeitgenössischer Antisemitismen und ihrer vielfältigen Ausprägungen sowie nach deren Zusammenspiel mit der britischen Imperialpolitik im Mittelpunkt. Das Gespräch drehte sich zunächst um den Eurozentrismusvorwurf, der Levenes Darstellung der Balfour-Deklaration und ihrer Entstehung gemacht wurde. So wurde Levenes Auffassung kritisiert, dass die Balfour-Deklaration das Kompensationsprodukt einer europäischen „idée fixe“, einer paranoiden Angst vor der drohenden Gefahr europäischer Judenherrschaft, darstellte. Auch wenn man sich über die Gefahren eines nur von Europa ausgehenden Analyserahmens bewusst sei, müsse dennoch der imperiale Antisemitismus, der in den europäischen Eliten Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts Popularität besaß, in die

Betrachtung eingeschlossen werden. Charakteristisch für die Einstellung der politischen Entscheidungsträger, vor allem in Großbritannien, sei damals eine „merkwürdige“ Mischung aus Bewunderung und Skepsis gegenüber den Juden gewesen.

Levenes Darstellung könnte durchaus der Vorwurf einer einseitigen Betrachtungsweise gemacht werden, da er das für die europäische Politik im 1. Weltkrieg maßgebliche Problem einer Teilung des Osmanischen Reiches und dessen Folgen und die hierzu gemachten vielfältigen diplomatischen Zusagen (siehe z.B. die Hussein-McMahon-Korrespondenz) ignorierte. Argument dafür sei, dass es durchaus Momente des Konfliktes zwischen der zionistischen Bewegung und den Briten gab, und dass die zionistische Unterstützung für die Briten (wie für General Allenby) vergleichsweise gering ausfiel. Infolgedessen konnten diese auch nur geringen Einfluss auf die verschiedenen politischen Kräfte im Nahen Osten gewinnen.

Textkritisch wurde angemerkt, dass Levenes Abhandlung aus dem Kontext herausgenommen argumentiere, wenngleich er auch interessante Details, z.B. wie britische Realpolitik dieser Zeit funktionierte, hinzufügte. Levenes Einschätzung, die Balfour-Deklaration nicht als Kriegsprodukt und damit Resultat taktischer Überlegungen zu werten, sondern als Folge britischer „Wahrnehmung“, stellte ein Indiz für dessen einseitige Sichtweise dar. Die britische Absicht, die russischen Alliierten aus der und die amerikanischen möglichst in die britische Kriegsdiplomatie zu bringen, werde so völlig vernachlässigt. Dass sein Artikel in die Tradition britischer kolonialer Geschichtsschreibung gehört, zeigte sich darüber hinaus auch in formalen Kriterien.

Diese Art von Wahrnehmung, die in Levenes Texten vorgefunden wird, ließe sich verbinden mit den damals populären europäischen Vorstellungen, die im 19. Jahrhundert über Palästina herrschten. Levenes Text bietet somit einen detaillierten Überblick über gängige zeitgenössische Antisemitismen der Eliten Europas, ohne Beweise für deren politische Wirksamkeit zu erbringen. Es wurde jedoch

¹ Levene, Mark, „The Balfour Declaration: A Case of Mistaken Identity“, in: *The English Historical Review*, 107, Nr. 422 (Jan., 1992), S. 54-77.

als fraglos bekräftigt, dass die britische Politik - wie sie sich in der Balfour-Deklaration niederschlug - „not a philosemitic concept“ (Gadi Algazi) darstellte.

Auf die Frage nach der Motivation der politischen Handlungsträger für das Verfassen der Balfour-Deklaration wurde geantwortet, dass diese, obwohl Nebenaspект der Britischen Weltpolitik während des Krieges, doch wichtig für deren realen Erfolg wurde. Weiter gehende realpolitische Konsequenzen hatte die Balfour-Deklaration zunächst nicht, da das von ihr anvisierte zionistisch-koloniale Projekt nur von einer Minderheit der Juden getragen wurde. Das wurde mit dem Verweis auf die geringe Zahl zionistischer Einwanderer bis in die 30er Jahre (und damit bis zum Beginn der NS-Verfolgungen in Deutschland, die die Zuwandererzahlen nach Palästina rapide ansteigen ließen) belegt. Das „Land der Hoffnung“ war für die Juden Amerika, nicht das karge Palästina.

Die Balfour-Deklaration als Zeugnis britischer Mandatspolitik bot so lediglich den legalen Rahmen für eine spätere, politisch motivierte, jüdische Zuwanderung - es war schließlich - so ein Diskussionssteilnehmer - erst der „Holocaust that provided the people“.

Wichtig war auch der Hinweis, dass in einer ursprünglichen Fassung der Deklaration zunächst die „Transfer“-Idee, d. h. eine Bevölkerungsverschiebung, erwähnt wurde, die endgültige schriftliche Form aber enthielt nur das vage Versprechen einer „jüdischen Heimstatt“. Die Diskussion drehte sich darum, ob und inwiefern die Zusage der Briten für eine jüdische Heimstatt in Palästina in die Tradition des kulturellen Kolonialismus - in der beispielsweise auch die französische Unterstützung der christlichen Maroniten im Libanon steht - eingeordnet werden könne. Es sei die politisch folgenreiche Zielsetzung des für den Nahen Osten tragischen Projektes gewesen, die zionistische Unternehmung mit einer kolonialen zu verbinden und damit einerseits die Juden zu kontrollieren und andererseits die moralische und tatsächliche Unterstützung der europäischen Mächte durch den Zionismus zu erhalten. Tragisch sei diese Konstellation für die Juden insofern zu nennen, als sie eine unausweichliche Abhängigkeit vom „Patron“ England schuf, für die sie

von nun an von der arabischen Bevölkerung gehasst wurden. In Herzls Schrift „Der Judenstaat“ fände sich eine herausragende Quelle über zivilisatorische Vorurteile innerhalb der zionistischen Bewegung. So könne der Text als eine an die bereits begonnene Kolonisation anschließende zionistische Hoffnung auf Erschaffung eines jüdischen Staates ausgelegt werden. Die wichtigste zu erschaffende Grenze dieses Staates stelle diesem Text zufolge die „Mauer von Menschen“ dar, die im imperialen Zusammenhang gegen die „asiatischen Barbaren“ gebaut werden solle. Mit seiner Schrift transformierte Herzl alle Arten existierender ethnischer Grenzen in nationalistische und zivilisatorische um, damit aus einer losen Konföderation ein Staat der Juden kreierte werden könne. Grundlegend für die nachfolgende Politik des israelischen Staates sei auch Herzls Feststellung, dass Konflikte kein Hindernis für die Erschaffung einer Grenze darstellten, sondern diese im Gegenteil zusammenhielten. Im Ausblick auf die weitere Geschichte Israels wurde deshalb eingeräumt, dass die Zionisten den Frieden eher gefürchtet denn angestrebt hätten, und deshalb die Kolonisierung mit jeweils unterschiedlichen „Patronen“ (zunächst koloniale und später imperialistische) vorangetrieben hätten.

Darauf wurde in der Diskussion eingewendet, dass eine solche Sichtweise europäischer kolonialer Aspirationen als einer bewussten Absicht, mit den Juden eine weitere zivilisierte Minderheit im Nahen Osten zu unterstützen, verneint werden müsse. Dass die Unterstützung durch die englische Krone kontingent war, beweise vielmehr das Faktum, dass Theodor Herzl sich mit seiner Idee eines „Judenstaates“ zuvor erfolglos sowohl an den Deutschen Kaiser Wilhelm wie auch den Osmanischen Sultan Abdülhamid gewandt hatte.

Die Situation der Palästinenser war während der Mandatszeit von tiefgreifendem sozialem Wandel geprägt. Zugleich mit dem Entstehen einer Bourgeoisie im 19. Jahrhundert begann auch die Entwicklung rivalisierender palästinensischer Identitäten in einigen wichtigen Städten und Handelszentren. Palästina besaß damals allerdings noch nicht den Rang eines Zentrums im Gesamtzusammenhang des Nahen Ostens -

verglichen mit Damaskus und Beirut.

Auf die Frage nach den Gründen für die schwache und uneinheitliche Opposition gegen die zionistische Migration wurde angeführt, dass die politischen Folgen der gescheiterten Arabischen Revolte von 1936 - die Deportation ihrer Anführer - die palästinensische Widerstandsbewegung schon damals unstrukturiert gegen einen starken Gegner antreten ließ. Hinzu kam, dass die Konfrontation mit dem zionistischen Siedlungsprojekt gerade auf dem Lande, ihre politische Artikulation aber in der Stadt (Zeitung, Publizistik etc.) stattfand. Obwohl der Widerstand der Palästinenser wuchs, fehlte die nationalistische Komponente desselben zunächst gänzlich.

Die spezifische Eigenart des israelisch-palästinensischen „Zusammenlebens“ erkläre sich dadurch, dass der Zionismus schon im 19. Jahrhundert Palästina als ein leeres Land ansah, dessen Weiten es zu bevölkern gäbe. „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ lautete die Devise, und sie prägte die israelische Identität und ihre Handlungsweise bis heute. So wurde von Issam Nassar darauf hingewiesen, dass in zahlreichen Fotos des 19. Jahrhunderts Palästinenser nicht oder, wenn überhaupt, dann als Beduinen präsentiert wurden, da sie als eine Art „Vorfahren“ ohne engeren Bezug zum Boden betrachtet wurden. Man versuchte so, der arabischen Bevölkerung Palästinas die Vergangenheit und das Recht auf ihr Land zu rauben. Das war umso folgenreicher, als ein zentraler Aspekt palästinensischer Identität die starke lokale Zugehörigkeit zu dem von ihnen bewirtschafteten Land war.

Einige Beispiele, wie die Palästinenser aus zionistischer Sicht wahrgenommen wurden, machen eine ignorante oder gar rassistische Haltung deutlich. So betrachtete man sie als Semi-Nomaden, „Negroes“ in einem anderen „Bantustan“. Diese Sicht könne von Beginn an eine Vertreibung der Palästinenser gewissermaßen vorbereitend legitimiert haben.

Grundlage des folgenden Diskussionspanels bildete im weiteren Verlauf der Text von Nur Masalha.²

Der Krieg von 1948 stellte einen der entscheidenden Momente der Grenzbildung in der

arabisch-israelischen Geschichte dar. Damit verbunden war in der historischen Darstellung die Frage, ob die Palästinenser damals aus Angst und aufgrund von Aufrufen der arabischen Kriegsparteien ihr Land verließen oder ob sie von den Israelis vertrieben wurden. Zur Veranschaulichung und Konkretisierung wurde ein Auszug aus Menachem Begins Autobiographie „The Revolt“ zu den Vorfällen in Der Yassin vorgelegt und diskutiert. Dieser Text, aus der zionistischen Sichtweise heraus geschrieben, der hinsichtlich der „Ereignisse“ von Der Yassin nicht von einem Massaker spricht, schuf seinen eigenen Mythos und brachte damit die Diskussion auf das Thema der Mythenbildung in der palästinensischen und israelischen Geschichtsschreibung. Dies wiederum leitete über zu einem Blick auf die Grenzen innerhalb der Historiographie, und führte das Gespräch hin zu den israelischen „new historians“ und dem Text „The Debate About 1948“ von Avi Shlaim.³

Das Massaker von Der Yassin nimmt eine zentrale Position in der palästinensischen Geschichtsschreibung ein. Es steht symbolisch für all die anderen zerstörten Dörfer und überschattet sogar noch dramatischere Ereignisse in der palästinensischen Geschichte, da speziell dieses Massaker in besonderem Maße bekannt gemacht wurde. Bemerkenswert ist, dass die israelische Seite zur Zeit des Geschehens die Zahl der Opfer weitaus höher angab, um den Palästinensern Angst einzujagen und sie so zur Flucht zu drängen. Somit spielten Massaker wie das von Der Yassin eine wichtige Rolle für den Massenexodus der Palästinenser. Es gab keinen groß angelegten, umfassenden Plan zur Vertreibung, allerdings handelte es sich auch nicht „nur“ um Gräueltaten, ausgeführt von außer Kontrolle geratenen Truppen. Vielmehr stellten solche Gewalttaten eine Mischung aus Planung, Improvisation und Duldung dar.

In Israel führte Der Yassin zu einer intensiven Debatte, die das Bild nachhaltig prägte, das die Israelis von sich selbst hatten bzw.

² Masalha, Nur, „Zionist Transfer Ideas and Proposals“, in: Ders., *Expulsion of the Palestinians. The Concept of „Transfer“ in Zionist Political Thought 1882-1948*. Washington, D.C.: Institute for Palestine Studies, 1992, S. 5-48.

³ Shlaim, Avi, „The Debate about 1948“, in: *Journal of Middle Eastern Studies*. 27 (1995), S. 287-304.

haben. Dazu wurde von Seiten der Referenten im Vortrag angemerkt, dass hier, wie in jedem Prozess der kolonialen Grenzziehung, der Prozess der Mauerbildung der „Zivilisation“ gegen die „Barbaren“ den Leuten auf der „zivilisierten“ Seite der Mauer bewusst machte, dass sie selbst zu Barbaren würden.

Die offizielle zionistische, vor allem von Politikern und Kriegsteilnehmern geprägte, Version des Krieges und der Ereignisse von Der Yassin herrschte von den frühen 50ern bis zu den späten 70er Jahren vor und wurde nur innerhalb der arabischen Welt abgelehnt. Der Krieg von 1948 wurde dieser „alten“ Version nach als Unabhängigkeitskrieg und Verteidigungskrieg betrachtet, in dem sich eine kleine jüdische Gemeinschaft, die sich auf internationale Legitimation durch die UN-Resolution 181 berief, gegen die Palästinenser und arabische Armeen von sieben Staaten verteidigen musste. Schuld am Exodus hatten dieser Darstellung nach die Araber, die die Ereignisse von Der Yassin aufbauchten, und aus den angrenzenden Staaten die Palästinenser dazu aufriefen, ihre Häuser zu verlassen.

Schon in den frühen 60ern gab es allerdings linksorientierte israelische Historiker, die von dieser offiziellen Sichtweise abwichen. Eine kritische Debatte setzte jedoch erst in den frühen 80er Jahren ein, angestoßen durch eine kleine Gruppe israelischer Historiker, da offizielle israelische Dokumente einer 30jährigen Sperrfrist unterlagen. Diese Handvoll Historiker machte es sich zunächst zur Aufgabe, die Geschichte positivistisch, ohne ideologische Ansprüche zu betrachten. Man bezeichnete sie als „new historians“, auch wenn - abgesehen von der Verwendung erstmals zugänglichen Materials - ihre positivistische Geschichtsschreibung allein die einzig radikale Neuerung darstellte. Die new historians unterstützten anhand der Quellen palästinensische Behauptungen und schufen ein differenzierteres Bild von der israelischen Geschichte. Sowohl Gadi Algazi wie Issam Nassar kritisierten an den new historians, dass ihre ganze Debatte über 1948 ignorierte, dass die Menschen nicht schon zu Flüchtlingen wurden, wenn sie ihre Häuser während der Kriegszeit verließen, sondern erst, als ihnen später verboten wurde zurückzukehren. Eine Antwort auf die entscheidende Frage, warum ihnen

eine Rückkehr verwehrt wurde, findet sich in Tagebuchaufzeichnungen Ben Gurions. Er forderte, dass niemandem eine Heimkehr erlaubt werden solle und ordnete eine planvolle Zerstörung palästinensischer Dörfer an. Bereits 1949 wurde das Rückkehrverbot zur offiziellen Politik Israels. In diesem Zusammenhang wurde in der Diskussion deutlich gemacht, wie die israelische Grenze entstand. Sie wurde erst Realität, als die Palästinenser versuchten, sie zu überschreiten und man auf sie schoss. Nur sehr langsam aber wurde aus der Grenze eine Linie mit einem Zaun.

Ein weiterer Kritikpunkt war, dass die new historians fast keine arabische Quellen oder mündliche Überlieferungen verwendeten. Somit erhalte man eine Geschichte, die die von Israel verbreitete Sicht der Passivität der Palästinenser in vielfältiger Weise widerspiegelte. Dies würde sich erst ändern, wenn die israelische Seite versuchte, die innere Dynamik der palästinensischen Gesellschaft zu verstehen. Doch genau dies hätten die new historians nicht erreicht.

Die Kritik schloss mit einer Diskussion über die beschränkte Wirkung der new historians ab. Ihre Debatte bliebe akademisch und hätte keinen spürbaren Einfluss auf Politik und Alltag. Eine Parallele zur „History Workshop“-Bewegung, die seit etwa zwanzig Jahren in Deutschland besteht, und die versucht, geschichtliches Bewusstsein für Gräueltaten an den Ort zurückzubringen, wo sie geschahen, lässt sich beispielsweise in Israel nicht finden. Bisher gab es in Israel lediglich in kleinerem Umfang Aktivitäten von Linksorientierten und Studenten, die zum Beispiel Leichen von Massakern ausgruben. Doch fanden solche Aktionen fast ausschließlich Anfang der neunziger Jahre statt. Es wurde die Meinung geäußert, dass Israelis und Palästinenser in ihren Diskursen und Beziehungen, zumindest seit dem Ausbruch der Al-Aksa-Intifada, wieder um fünfzig Jahre zurückgefallen seien. Neue gemeinsame Aktivitäten dieser Art bedürften eines Friedens.

Die Diskussion wandte sich nun den Aspekten palästinensischer Identität zu. Es wurde die schwierige Frage erörtert, ob die Palästinenser nicht in gewisser Weise von ihrem Selbstbild als „Opfer“ wegkommen müssten, so, wie sich die Israelis zunehmend

bewusst würden, dass sie auch „Täter“ sind. Hier wurde die Meinung vertreten, dass diese Selbstsicht der Palästinenser erst überwunden werden könne, wenn der Konflikt beendet wäre. Allerdings wurde der Selbstsicht auf ihre Geschichte durch die Reorganisation der Palästinenser und ihren militanten Widerstand auch eine andere, eine heroisierende Wendung gegeben.

Im Anschluss daran kam das Gespräch auf Issam Nassars Text „Palestinian Nationalism: The Difficulties of Narrating an Ambivalent Identity“.⁴ Als wichtigster Punkt hierbei erwies sich, dass palästinensische Identität nichts Statisches ist, sondern ständig neu verhandelt und definiert wird. Im Kern dieser Identität bliebe die Erfahrung des Exils und der Flüchtlingslager. Einige begrenzte Erfahrungen mit der Heimkehr von einigen Tausend Palästinensern aus dem Exil 1993 und 1994 hätten allerdings gezeigt, dass ein potentieller Konflikt zwischen den Zurückkehrenden und denen, die sich als Ortsansässige oder „natives“ betrachten, vorhanden ist. In diesem fortwährenden Konflikt gibt es beinahe einen Wettbewerb darum, wessen Schmerz der größere ist. Zumindest in der politischen Diskussion werden jedoch mittlerweile die Fragen der Rückkehr und der Souveränität getrennt.

Eine vereinte politische Bewegung und politische Organisationen waren bzw. sind wichtig für die palästinensische Identität und zentral für den Zusammenhalt zwischen den einzelnen Gruppen, zum Beispiel zwischen syrischen Palästinensern und Palästinensern im Westjordanland. Doch für die Zeit nach den Osloer Verhandlungen ist gerade bemerkenswert, dass die nationalen Organisationen verschwanden oder an den Rand gedrängt wurden, und die palästinensische Bewegung so ihre Zentralität verlor. Allerdings haben sich seit der Wiederbesetzung der palästinensischen Städte die Spannungen zwischen den einzelnen Gruppen, vor allem zwischen den Flüchtlingen bzw. Heimkehrern und den „altingesessenen“ Palästinensern, verringert.

Nachdem das Palästinensische bereits zuvor aus der Wahrnehmung der Israelis verschwunden war, verschwand Palästina unmittelbar nach der israelischen Staatsgründung nun auch physisch. Die systematische

Kartografisierung und Zerstörung palästinensischer Dörfer 1963 ist ein wichtiger Teilaspekt dieser Verdrängungspolitik. Nicht nur, dass den Palästinensern von israelischer Seite aus eine eigene Geschichte und nationale Identität abgesprochen wurden, auch die Problematisierung der Flüchtlingsfrage fehlte in Israel gänzlich. Die Flüchtlinge wurden zu einem partiell jordanischen, libanesischen, syrischen und ägyptischen Problem gemacht.

Erst durch die erste Intifada konnte eine gewisse Medienpräsenz wieder erreicht und somit eine verstärkte Bewusstmachung der palästinensischen Problematik erwirkt werden. Die Reaktionen Israels waren durch immer weitere Abgrenzungsversuche gekennzeichnet, um der Anerkennung der Existenz eines Palästinenservolkes durch territoriale Eingrenzung entgegen zu wirken.

Die Osloer Verträge von 1993, die bereits angesprochen wurden, sollten Frieden schaffen. Dieser Friedenswunsch stellte sich für beide Seiten jedoch als Illusion dar. Jede Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft wurde nach Oslo allmählich zerstört.

Die Verträge führten stattdessen zu einer weiteren Abgrenzung. Für die israelische Politik wurde es hierbei zum Ziel, das palästinensische Gebiet noch stärker aufzuteilen, womit der israelischen Besatzungsmacht ermöglicht wurde, leichter Kontrolle über die einzelnen Distrikte auszuüben. Nach dem Scheitern der Verhandlungen wurde darüber hinaus von israelischer Seite aus eine einseitig definierte Grenzlinie erschaffen, die kontrollierbarer wurde. Zahlreiche Checkpoints und Grenzzäune, die nach den Osloer Verträgen kreiert wurden, säumten von nun an nicht nur Siedlungen, sondern befestigten auch die 1967er „grüne Linie“. Israelische Siedlungen, die auf palästinensischem Gebiet lagen, blieben bestehen oder wurden kontinuierlich weiter ausgebaut. Die Ergebnisse und Perspektiven der Osloer Verhandlungen erwiesen sich damit als gescheitert.

Insbesondere nach dem Ausbruch der zweiten Intifada marschierten regelmäßig israelische Einheiten in Gaza, Ramallah, Hebron oder anderen Orten ein. Die dort im Auf-

⁴Nassar, Issam, „Palestinian Nationalism: The Difficulties of Narrating an Ambivalent Identity“, in: *International Social Science Review*, 4, Nr. 1-2 (2003).

bau befindliche oder noch intakte palästinensische Infrastruktur wurde systematisch zerstört. Aus einer Grenze, die eine Zweistaatenlösung ermöglicht hätte, war eine einseitige Einzäunung geworden, die nur für eine Seite durchlässig blieb.

Die Diskussion des Workshops entwickelte sich dahingehend, dass es zunehmend zum Schicksal des palästinensischen Volkes zu werden scheint, wirtschaftlich nicht mehr benötigt zu werden. Als Beispiel hierfür wurde die gegenwärtige ökonomische Situation genannt, in der die einheimische Produktion durch israelische Maßnahmen behindert wird. Export ihrer eigenen Produkte ist für Palästinenser so gut wie unmöglich, während sich Israel das Monopol auf Import gesichert hat. Auf den palästinensischen Märkten werden mittlerweile kaum noch lokale, sondern vorwiegend israelische Produkte verkauft. Der Mittelstand wird so mangels Produktions- und Absatzmöglichkeiten gezwungen, auszuwandern - oder er verarmt. Was bleibt, ist eine stark territorial und lokal begrenzte Bevölkerung. Der Aufbau einer unabhängigen Nationalökonomie und die nötigen Maßnahmen zum Aufbau palästinensischer Institutionen wurden unmöglich gemacht.

Der Fokus der Diskussion verlagerte sich abschließend auf den gegenwärtigen Mauerbau in Israel, der als Teil dieser Abgrenzungspolitik betrachtet werden muss. Als Grundlage diente der Text „Zwischen den Mauern“ von Gadi Algazi⁵ sowie persönliche Ausführungen. Die derzeitige Situation scheint Israel einen einfachen Ausweg aus der Gewalt zu bieten: die Mauer soll alle terroristischen Aktivitäten, die von palästinensischem Land ausgehen, verhindern. Auch wenn die Idee hierzu ursprünglich von der israelischen Linken vor allem unter Sicherheitsaspekten entwickelt wurde, verfolgt der Mauerbau heute das Ziel der Annexion palästinensischer Gebiete. Das beweist sein Verlauf über die international anerkannte Grenze, die „Grüne Linie“, hinaus.

Auf diese Weise werden die Palästinensergebiete von Israel durch die Macht vollendeter „Tatsachen“ definiert. Indem eine Bevölkerungsgruppe klar „ausgegrenzt“ wird, wird es auch einfacher, sich ihrer zu „entledigen“,

sie aus dem Gesichtsfeld zu entfernen und ihr schließlich jegliche Existenz abzusprechen.

Ein inner-israelischer Widerstand gegen die größtenteils auf palästinensischem Gebiet errichtete Mauer formierte sich erst spät nach deren Baubeginn, im Februar 2003. Ziel war es, durch gewaltlose Demonstrationen vor Ort die Öffentlichkeit auf dieses Vorhaben aufmerksam zu machen. Große Teile der nationalen und internationalen Öffentlichkeit waren bisher von der Debatte ausgeschlossen. Das Dilemma der gewaltlosen Aktionen war und ist jedoch, dass die Aktivisten entweder bereits vor vollendeten Tatsachen stehen, wenn die Mauer errichtet ist, oder zu früh kommen, d.h. gegen Sachverhalte demonstrieren, die noch keine Realität sind. Der innerisraelische Widerstand ist somit machtlos gegen Sharons Politik des *fait accompli*.

Aus eigener Anschauung legte Gadi Algazi dar, wie katastrophal die Lebensbedingungen in den eingemauerten Gebieten sind. Lebensmittellieferungen werden verzögert oder ganz aufgehalten und viele Bauern, deren Felder auf der „falschen“ Seite der Mauer liegen, verlieren ihre Ernte, weil die „gelben Pforten“, die den Bauern Zugang ermöglichen sollen, oft verschlossen bleiben.

Die Bauern verlieren jedoch nicht nur die Zutrittsrechte, sondern oft auch das Land selbst. Nach bestehendem *miri*-Recht nämlich, einem osmanischen Landrecht, das Israel übernahm, fallen Felder, die drei Jahre nicht bestellt wurden, automatisch an den israelischen Staat (als Rechtsnachfolger des Osmanischen Reiches) zurück. Vielerorts wird diese Zeit sogar verkürzt und Bauern müssen zusehen, wie Felder jetzt schon von israelischen Pächtern bewirtschaftet werden, die ihnen noch vor einem Jahr gehörten.

Dabei ist der Zaun, dessen Kosten mit gut 6 Milliarden € veranschlagt werden, in sich selbst auch ein Sicherheitsrisiko. Nicht nur, dass eventuelle Löcher gestopft werden müssen, auch „der Zaun muss geschützt werden“. Jenes Bauwerk, welches Sicherheit bringen sollte, benötigt also selber Sicherheitsvorkehrungen, um existieren zu können. Diese Vorkehrungen bestehen aus einem 50 Meter breiten Sperrgebiet, welches in die Palästinenser-

⁵ Algazi, Gadi, „Zwischen den Mauern“, in: *Historische Anthropologie* 11 (2003), S. 460-468.

gebiete hineinragt, und in welchem sich niemand aufhalten darf.

Der Bau der Trennungsmauer stellt die logische Fortsetzung der kolonialen Aneignungspolitik dar, die bereits versuchte, eine soziale und ethnische Grenze aufzubauen. Auch durch die Trennungsmauer wird eine Abgrenzung geschaffen, die eher den Charakter zwangsweise abgetrennter Enklaven annimmt als den einer Grenze zwischen eigenständigen Staaten.

Die Mauer stellt den endgültigen Versuch einer gewaltsamen Befriedung anstelle einer gleichberechtigten Friedenslösung dar und kann als Realisierung einer bereits seit langem in den Köpfen existierenden Mauer betrachtet werden.

Insgesamt überzeugte der Workshop durch seine rege Diskussion und die Untersuchung einer Vielfalt von Grenz- und Identitätsbildungsprozessen.

Es erwies sich dabei, dass weder die palästinensische noch die israelische Sicht als unabhängig voneinander betrachtet werden dürfen. Beide Geschichten und die daraus resultierenden Prozesse von Identität entwickelten sich mehr oder weniger in einer spiegelbildlichen Weise. Sie brauchen sich, um sich gegenseitig Legitimation zu geben.

Internetseiten

The Balfour Declaration: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace%20Process/Guide%20to%20the%20Peace%20Process/The%20Balfour%20Declaration> (Stand 18.06.2004)

The Balfour Declaration - Commentary: http://www.us-israel.org/jsource/History/balfour_commentary.html (Stand 18.06.2004)

Kartenmaterial

The Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA), The Palestine Question in Maps: 1878-2000. Jerusalem: PASSIA, 2002. (Maps also available online at <http://www.passia.org>)

Rappoport, Meron, Die Mauer in Gegenwart und Zukunft. Tel Aviv: Yediot Aharonot, 23.5.2003.

Tagungsbericht *The Israel-Palestinian Conflict as Result of Colonial Border-Making*. 23.01.2004,

Erfurt, in: H-Soz-u-Kult 18.06.2004.